

Trump ist Präsident – irrte sich ein ganzes Land, halten Trumps Lobbyisten jetzt in Washington Einzug und bleibt Obamacare?

Zusammenfassung der U.S. Berichterstattung für die Woche vom 7. bis 13. November 2016

(fb) Diese Woche stand ganz im Fokus der U.S. Wahlen und deren Ausgang. Anfang der Woche diskutierten die amerikanischen Medien viel über den möglichen Ausgang der Wahlen und dessen Bedeutung für die nächsten vier Jahre. Des Weiteren wurde über die Einflussnahme diverser Lobbyisten auf Trumps Politik und die Weiterführung von Teilen des Obamacare-Programms durch Trump berichtet.

Bereits Montag und Dienstag wurde von allen einflussreichen und renommierten Zeitungen in den USA über einen deutlichen Wahlsieg spekuliert. Die *New York Times* sah Hillary Clinton als Gewinnerin mit einer Wahrscheinlichkeit von 85%, der *Boston Globe* und die *Washington Post* schlossen sich mit ähnlichen Ergebnissen an und sahen die Wahrscheinlichkeit eines Trumpsieg bei lediglich fünfzehn Prozent. Spätestens seit Mittwochmorgen wissen wir es nun aber besser. Die *New York Times* versuchte am Mittwoch das unerwartete Ergebnis damit zu erklären, dass die Menschen „stets in Ihren Geldbeutel wählen“. Sie zitierte den Wirtschaftsprofessor Ray Fair aus Yale, welcher bestätigte, dass die Menschen in Zeiten guter wirtschaftlicher Lage und Sicherheit eine bestehende Regierung und ihren Kurs unterstützen, beim derzeitigen Stand der amerikanischen Wirtschaft jedoch der Regierung nicht mehr vertrauen und einen Machtwechsel sowie einen neuen Präsidenten wollten – unabhängig von Partei oder Ideologie. Die *L.A. Times* dagegen bezeichnet die Lage der U.S.-Wirtschaft als ein „Ass in Trumps Ärmel“ und führt die achtjährige Amtszeit von Präsident Barack Obama als einen möglichen Grund für Clintons Versagen an, da diese seinen politischen und wirtschaftlichen Kurs fortführen wollte, was die Wähler als Grund für einen Machtwechsel sahen. Man sah Donald Trump im Vorfeld genau dort verlieren, wo er später zur Überraschung vieler als Sieger hervorging, besonders bei der lateinamerikanischen Bevölkerung in Florida, schrieb die *New York Times*. Dan Sweeny, Kolumnist des *Florida Sun Sentinel*, erklärte das Ergebnis damit, dass die Mehrheit der aus der Karibik und Kuba stammenden Latinos in Florida sich nicht von Trumps rassistischen Anfeindungen in einem „dreieckigen Wahlkampf“ gegen mexikanische Lateinamerikaner angesprochen fühlten und somit nicht für Clinton stimmten, wie ursprünglich vorausgesagt. Die *New York Times* schrieb Freitag, dass die Demokraten am Ende abhängiger von der weißen Arbeiter- und Mittelschicht waren, als sie selbst dachten. Nate Cohen, Kolumnist der *New York Times*, nennt als einen Grund die „stillen Wähler“, unentschiedene Wechselwähler, die zum Schluss doch Trump

wählten, dies aber aus Angst vor Anfeindungen nicht öffentlich zugaben. Der *Boston Globe* kritisiert die Überschätzung der weißen Bildungs- und Oberschicht und Vernachlässigung der Mittelschicht, welche nicht genug Einfluss auf das Wahlergebnis nehmen konnte. Die *Washington Post* zitierte am Samstag den amerikanischen Politikhistoriker Allan Lichtman, welcher Trumps Wahlsieg auf dessen „Auftreten als Spiegel der aktuellen Regierung“ und somit seine steigende Beliebtheit zurückführt. Die *Chicago Tribune* nennt ebenfalls die Staaten des Mittleren Westens als den Grund, der Clinton die Wahl gekostet hat, da dort zu wenig Zeit investiert und zu wenig Überzeugungsarbeit geleistet wurde. David Axelrod, Leiter des Obama Wahlkampfteams von 2012, kritisierte in der *Chicago Tribune*, dass „zuviel Energie in die falschen Staaten investiert wurde“. Er wies darauf hin, dass Staaten wie Arizona besucht wurden, dafür aber die wichtigen sogenannten „Rust Belt“-Staaten wie Michigan, Wisconsin, Ohio und Pennsylvania massiv vernachlässigt wurden, da man dort ohnehin von einem Wahlsieg für die Demokraten ausging. Auch bezeichnet er das „Trump-bashing“, Clintons ständiges Kritisieren ihres Kontrahenten, als „kontraproduktiv“. Dies sei bei der weißen Arbeiter- und Mittelschicht nicht als Lösung des Problems der hohen Arbeitslosigkeit und Alternativlosigkeit angekommen. Trumps Strategie hingegen, die Städte des Mittleren Westens im Wahlkampf verstärkt zu besuchen, sei laut Axelrod das „Zünglein an der Waage“ gewesen, besonders in Wisconsin und Michigan, Staaten, die in der jüngeren Vergangenheit meist demokratisch gewählt hatten. Die *Chicago Tribune* nennt dies als Grund, der Hillary Clinton letzten Endes die Wahl gekostet hat, da sie diese Staaten teils deutlich an Trump verlor.

Ein weiteres Thema, welches bereits kurz nach der Wahl für Kritik sorgte, war das Personal, welches Trump für die Gründung seiner Regierung beauftragte. Die *New York Times* kritisierte, dass Trump im Vorfeld stets Clintons Verbindungen zu Lobbyisten angegriffen hatte und er selbst diesen „Sumpf an Günstlingen und Einflussnehmern austrocknen“ wolle. Nun wird er jedoch selbst mit der Kritik konfrontiert, ebenfalls Lobbyisten, einflussreiche Spender und Günstlinge damit zu beauftragen, diverse Bereiche der Regierung in Washington neu zu gliedern, mit Personal zu besetzen und den politischen Kurs entscheidend zu beeinflussen. Die *Chicago Tribune* berichtet in ihrer Freitagsausgabe, dass Trump nun ebenfalls zahlreiche Stellen mit Lobbyisten besetzt, welche seine ersten politischen Schritte begutachten und unterstützen sollen. Die Zeitung kritisiert, dass einflussreiche Spender wie Robert Mercer und dessen Tochter Rebekah bereits jetzt schon Einfluss auf Trump nehmen und ihn zu einem „Spielball der Mächtigen in Washington“ machen. Damit hat er bereits jetzt eines seiner populärsten Wahlversprechen, den „Sumpf“ trocken zu legen und den Einfluss der Wirtschaft zu schmälern, gebrochen. Die *Tribune* zitiert Meredith McGehee, eine Analystin des politischen Geschehen, die die Schwierigkeit in Trumps Unterfangen erklärt, nun genau die Menschen hinzuzuziehen, die er vorher noch kritisiert hat; er benötigt sie aber, um das politische Tagesgeschäft in Washington auf die Beine zu stellen und überhaupt handlungsfähig zu sein. Die *New York Times* zitiert Trent Lott, den ehemaligen republikanischen Gouverneur aus Mississippi, welcher mittlerweile für einen Lobbyverband tätig ist; dieser bestätigt, man wird alles versuchen um seine Klienten zu unterstützen, z.B. Steuererleichterungen für Amazon zu ermöglichen oder auch mehr Gelder in den Verteidigungshaushalt zu lenken für Huntington Ingalls Industries, einen der größten Konzerne für den Bau von Kriegsschiffen und Klient seines Unternehmens. Die *Washington*

Post verdeutlicht die Gefahr einer neuen Welle des Lobbyismus und nennt Trumps „unorthodoxen und unvorhersehbaren“ politischen Standpunkt als Grund für das Auftreten neuer Lobbyisten in Washington. Die *Chicago Tribune* titelt am Freitag: „Spender und Lobbyisten formen bereits jetzt Trumps neue ‚den Sumpf trocken legen‘-Regierung“ und kritisiert, dass Trumps politische Unerfahrenheit neue Türen für einflussreiche Konzerne öffnet, das Tagesgeschäft in Washington zu „infizieren“.

Bereits Freitag deutete Trump in ersten Gesprächen an, Teile des „Affordable Care Acts“, des sogenannten „Obamacare“ Programms, beibehalten zu wollen, was derzeit die Versicherung von etwas siebzehn bis zwanzig Millionen Menschen bedeutet. Die *New York Times* berichtet, dass es Trump nicht gelingen wird, ein Gesetz abzuschaffen, das so vielen Menschen eine medizinische Grundversorgung garantiert. Das Blatt zitiert Larry Levitt, den Leiter einer Familienversicherung, welcher bestätigt, dass die Versicherungsfrage Trumps Regierung und den Kurs der Republikaner im Kongress nachhaltig bestimmen wird. Die *L.A. Times* lobt Trumps Ansatz, die Familienversicherung für Erwachsene unter 26 Jahren und die Versicherung von Menschen mit Vorerkrankungen weiter führen zu wollen. *Times* Kolumnist David Lazarus kritisiert aber im gleichen Artikel, dass die Uneinigkeit innerhalb der Republikaner dies erschweren wird; noch erschwerender komme hinzu, dass Trump die wichtigsten Teile des Obamacare-Programms, welche es überhaupt ermöglicht – die Eingliederung junger Menschen – nicht übernehmen will. Die *New York Times* hofft auf einen „Sinneswandel Trumps“, welcher Washington näher zu Obamacare und den Menschen bringt und nicht davon weg.

Quellen:

<http://www.nytimes.com>

<http://www.latimes.com/>

<http://www.chicagotribune.com/>

<https://www.washingtonpost.com/>

<https://www.bostonglobe.com/>

<http://www.sun-sentinel.com/>